Deutscher Bundestag **Drucksache 16/1977**

16. Wahlperiode 28. 06. 2006

Antrag

der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Demokratiebewegung in Belarus unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit großer Sorge sieht der Deutsche Bundestag die menschenrechtswidrigen Verhaftungen und Verurteilungen von Alexander Milinkewitsch sowie anderer oppositioneller Führer nach den friedlichen Demonstrationen zum zwanzigsten Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl.

Auch die Massenverhaftungen nach den friedlichen Demonstrationen gegen Präsident Alexander Lukaschenko in Minsk seit dem 19. März 2006 haben einmal mehr den Charakter des dortigen Regimes gezeigt. In Belarus werden die demokratischen Rechte nicht respektiert. Nach ersten Schritten auf dem Weg von der Diktatur zur Demokratie in den frühen neunziger Jahren ist das Land seit Machtantritt des Präsidenten Alexander Lukaschenko weit zurückgefallen. In unmittelbarer Nachbarschaft zur Europäischen Union hat sich ein Regime mit unverkennbaren diktatorischen Zügen neu etabliert.

Die Demonstrationen waren die unmittelbare Reaktion auf zu vermutende Wahlfälschungen, mehr jedoch auf die massiven Behinderungen aller Kandidaten, die in Opposition zum Präsidenten und seinen Anhängern stehen. Die Berichte der Langzeitbeobachter der OSZE haben diese Behinderungen bestätigt. Wahlkämpfer und Kandidaten wurden festgenommen oder zusammengeschlagen, es gab keinen Zugang unabhängiger Kandidaten zu den staatlich kontrollierten Medien, die Finanzierung des Wahlkampfes wurde erheblich eingeschränkt.

All das fand statt vor dem Hintergrund einer permanent zunehmenden Unterdrückung aller unabhängigen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten. Oppositionelle und Journalisten werden verhaftet, manche verschwinden oder werden ermordet. Alle elektronischen Medien sind staatlich gelenkt, unabhängige Zeitungen dürfen weitgehend nicht mehr in Belarus gedruckt und nicht mehr durch die staatlichen Vertriebsstrukturen verteilt werden. Unabhängige Organisationen werden verboten wie der Dachverband der Kinder- und Jugendorganisationen RADA. Sie sollen mit steuerrechtlichen Instrumentarien zerschlagen werden wie das belarussische Helsinki-Komitee. Mit der Wiederbelebung von Gesetzen des politischen Strafrechts aus sowjetischen Zeiten kann jede Kritik zu Gefängnisstrafen führen und wird propagandistisch als Terrorismus ausgelegt. Studenten werden wegen ihres Engagements für die Demokratie exmatrikuliert, ganze Universitäten wie die Europäische Humanistische Universität wegen der Praktizierung der Meinungsfreiheit geschlossen und aus dem Land vertrieben.

Der Deutsche Bundestag sieht Belarus als Teil Europas und die belarussische Gesellschaft als Glied der europäischen Familie. Auch in diesem Land haben die Menschen das Recht, die Maßstäbe der Demokratie, des Rechtsstaats und der

Menschenrechte anzulegen, wie sie sich die Europäische Union gesetzt hat. Als OSZE-Mitglied hat Belarus sich zur Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Kriterien verpflichtet. Die Menschen in Belarus haben deshalb Anspruch auf unsere Unterstützung bei der Durchsetzung dieser Rechte und Maßstäbe. Der Deutsche Bundestag sieht auch Deutschland wie alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union in der Pflicht, den Menschen in Belarus im Prozess der Demokratisierung zu helfen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– Oppositionellen aus Belarus, die wegen demokratischer Aktivitäten aus dem belarussischen Staatsdienst bzw. von Staatsbetrieben entlassen wurden, temporäre Arbeitserlaubnisse in Deutschland zu gewähren;

– sich für die Ausweitung der geltenden EU-Einreiseverbote auf Funktionäre und Offizielle aus Belarus einzusetzen, die sich an der Verfolgung von demokratischen Oppositionellen beteiligt haben. Dazu gehört die Koordinierung entsprechender Maßnahmen auch mit der Ukraine, der Türkei und Bulgarien;

– Studierende, die wegen ihres Engagements für die Demokratie von belarussischen Universitäten verwiesen wurden, an deutschen Universitäten aufzunehmen und sie nach Möglichkeit mit Stipendien zu unterstützen;

– die aus dem Aufenthaltsgesetz sich ergebenden Ausnahmetatbestände aus humanitären Gründen bei Antragstellern aus Belarus, insbesondere bei Studenten und Studentinnen großzügig anzuwenden sowie finanziell die Visavergabe zu erleichtern;

– Maßnahmen zum schnellen Ausbau der Sendekapazitäten zur Unterstützung einer unabhängigen Berichterstattung in Belarus zu ergreifen und dazu auch im Rahmen der EU beizutragen;

– den Ausbau der Kooperation zwischen demokratischen Parteien und Stiftungen und der belarussischen Zivilgesellschaft zu stärken und in diesem Zusammenhang auf einen Demokratiefonds hinzuwirken;

– bilateral und im Rahmen der EU auf eine Verstärkung des kulturellen und wissenschaftlichen Austauschs mit Belarus hinzuarbeiten und sich für die Einrichtung eines Sonderbeauftragten für Belarus einzusetzen;

– im Rahmen der G8 gegenüber Russland dessen Unterstützung für Alexander Lukaschenko anzusprechen und auf die Anwendung der Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft in OSZE und Europarat auch auf Belarus zu dringen.

Berlin, den 27. Juni 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion
Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333